



Ansicht von der Gartenseite: So sollen die neuen Häuser auf der Kirschauer aussehen, die Architekt Kai von Döring entworfen hat. Das kleine Foto zeigt ihn auf dem Garagenhof.

Visualisierung: UWB, Foto: Steffen Unger

Neues Wohngebiet am Loschwitzbach

Neues Wohngebiet am Loschwitzbach

■ **Bühlau**

An der Kirschauer Straße entstehen drei Mehrfamilienhäuser, die einen gemeinsamen Garten mit Pool bekommen.

VON KAY HAUPE

In Bühlau entsteht im kommenden Frühjahr ein kleines neues Wohngebiet. Auf dem Areal des jetzigen Garagenhofes an der Kirschauer Straße baut die UWB GmbH zwei Mehrfamilienhäuser und ein Doppelhaus mit interessanten Raumaufteilungen. Geplant ist zudem ein viertes Gebäude im hinteren Bereich, das aber derzeit von der Stadt noch nicht genehmigt ist.

Architekt Kai von Döring, vielen von seinen Gebäuden des Quartiers an der Frauenkirche bekannt, sieht

das Areal als idealen Wohnort für Familien. „Es liegt eingebettet in altem Baumbestand, der Loschwitzbach grenzt an. Außerdem haben die künftigen Bewohner kurze Wege zu Kindereinrichtungen, Arzt und Einkaufsmöglichkeiten sowie zur Straßenbahnlinie 11“, sagt er.

Auch die Wohnungsgrößen hat er daran angepasst. Die Doppelhäuser haben jeweils 160 Quadratmeter Wohnfläche, die Wohnungen mit drei und vier Zimmern sind zwischen 97 und 186 Quadratmetern groß. Im Gartenbereich, der gemeinschaftlich genutzt werden soll, ist ein großer Außenpool geplant sowie ein Kinderspielplatz. „Wir haben in München vor 20 Jahren ein ähnliches Projekt gebaut, das zum Großteil noch von den ersten Mietern bewohnt wird“, sagt von Döring. Dort funktioniere der Gemeinschaftsbereich perfekt. „Man hat die Möglichkeit, sich mit

allen anderen zu treffen, kann sich aber jederzeit zurückziehen“, sagt der Architekt. „Es ist immer jemand da zum Reden, man sieht die Kinder gemeinsam groß werden.“ Derzeit stehen an der Kirschauer Straße noch einige Garagen, ein Großteil ist abgerissen. Weite Teile des Bodens sind mit Beton versiegelt. „Außerdem ist das Grundstück als illegaler Müllablageplatz genutzt worden. Da ist einiges abzutransportieren“, so von Döring.

Baubeginn im Frühjahr

Im Frühjahr 2012 soll Baubeginn sein. „Wahrscheinlich fangen wir mit dem Doppelhaus an, das entscheiden wir aber nach dem Stand der verkauften Wohnungen“, so der Architekt. Etwa 2950 Euro soll der Quadratmeter kosten. Dafür bekommen die Käufer eine energieeffiziente Ausstattung mit Wärmepumpe für Heizung und Kühlung

sowie Stromgewinnung über eine eigene Fotovoltaikanlage.

Das Grundstück gehört einer Erbengemeinschaft aus München. Die drei Geschwister haben von Döring gebeten, darauf eine Wohnanlage zu entwickeln, weil sie selbst jeder eine Wohnung in Dresden haben möchten. „Ihr Vater war ein alter Dresdner und hat seine Verbundenheit mit der Stadt an seine Kinder weitergegeben“, so von Döring. Er selbst hat trotz der alten Garagen gleich ein Bild von den Häusern im Kopf gehabt. „Wenn die Ufer des Loschwitzbaches gestaltet sind, ist es auch aufgrund der Topografie und der alten Bäume eine sehr naturnahe Anlage“, sagt er. Ende des nächsten Jahres sollen die Häuser fertiggestellt sein. Dann wird auch der neue Kindergarten auf der Neukircher Straße geöffnet haben. Und Bühlau ist um eine neue Siedlung reicher.

Hilbert weist Gagfah-Kritik an der Stadt zurück

Finanzbürgermeister Vorjohann selbst schweigt. Stadträten reicht das nicht.

Was ist dran an den gegen Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann erhobenen Vorwürfen im Milliardenstreit? Der Attackierte selbst schweigt zu den Äußerungen des Gagfah-Chefs William Brennan in der SZ. Er warf Vorjohann vor, nur wegen des Geldes, aber nicht im Mieterinteresse zu klagen und sich politisch profilieren zu wollen.

Die Verteidigung des Finanzbürgermeisters übernimmt der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert: „Die gegen Bürgermeister Vorjohann vorgebrachten Vorwürfe sind schlichtweg unzutreffend.“ Das wars. Keine einzige inhaltliche Erklärung. Nur so viel kommt nach stundenlangen Beratungen im Rathaus als Antwort auf 14 konkret gestellte Fragen der SZ noch von Hilbert: „Offensichtlich versucht die Gegenseite, das Verfahren in der Öffentlichkeit auszutragen. Das ist weder sachlich noch zielführend. Wir glauben, dass die Bewertung aller Fakten den Gerichten überlassen werden sollte.“

Das reicht den Stadträten nicht. „Ich fordere, dass sich der Bürgermeister unverzüglich in einer Sondersitzung im Finanzausschuss erklärt und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellt“, sagt SPD-Fraktionschef Peter Lames. Er will klären, was Vorjohann als Wobau-Aufsichtsrat gemacht hat. Laut Gagfah habe er vor seinem Rauswurf aus dem Aufsichtsrat keine Verstöße gegen den Vertrag des Wobau-Verkaufs angeführt. Die Grünen-Rätin Andrea Schubert kritisiert, dass die Stadt seit Monaten gar keine Aufsicht mehr ausübt. (SZ/dek)

Rechtsstreit um Waldschlößchenbrücke vor Entscheidung

Nach zwei Jahren Hauptverhandlung steht der Rechtsstreit um die Waldschlößchenbrücke vor einer weiteren Entscheidung. Der 5. Senat des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Bautzen berate derzeit, sagte Sprecher Peter Kober. „Es sieht so aus, dass das Urteil wohl am Freitag kommt.“

Es muss nicht zwangsläufig das Ende der Auseinandersetzung um die Baugenehmigung für die Elbquerung zwischen Naturschützern

und dem Freistaat sein. „Der Senat hat angekündigt, dass er die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zulässt.“

Naturschützer von BUND, Nabu und Grüner Liga sehen den Lebensraum von Tieren und Pflanzen beeinträchtigt und gehen gegen das Bauprojekt vor. Das Verwaltungsgericht Dresden hatte ihre Klagen 2008 abgewiesen, sie waren in Berufung gegangen. Das OVG musste seit 2009 unter anderem klären, ob

die Baugenehmigung rechters war, auf den Elbwiesen geschützte Tiere leben oder ein Tunnel nicht die bessere Wahl gewesen wäre. Die mündliche Verhandlung hatte sich auch wegen erst später festgestellten naturschutzrechtlichen Auswirkungen bei der Montage der Brückenkonstruktion verzögert.

Die Kammer verhandele an insgesamt neun Tagen. Neben rund 8000 Seiten Gerichtsakten füllten Behördendokumente etwa 50 Ord-

ner. Die Kläger stellten etwa 60 Be-weisanträge, von denen keiner angenommen wurde. Für das Urteil müssen die Anwälte nicht anreisen – das OVG teilt es beiden Seiten mit.

Die nächste Runde am Bundesverwaltungsgericht sei relativ leicht zu erreichen, so Kober. Da sich beim Tier- und Pflanzenschutz auch europarechtliche Fragen stellten, könne die Causa Waldschlößchenbrücke bis zum Europäischen Gerichtshof gehen. (dpa)



BETTINA KLEMM
über immer
neue Vorschläge

Neue Runde im Rathaus-Poker

Der Vorschlag der Stadt zum Verwaltungszentrum fällt heute sicher im Stadtrat durch. Einzig FDP, Bürgerfraktion und Linke machen sich für das Robotron-Areal stark.

VON BETTINA KLEMM UND
FRANZISKA DÄHN

Wieder wirft der Stadtrat einen Vorschlag der Verwaltung über den Haufen. Er lehnt das Verwaltungszentrum in der St. Petersburger Straße, in unmittelbarer Nähe zum Rathaus Dr.-Külz-Ring, aller Voraussicht nach ab. Damit werden die Rathausmitarbeiter noch lange in ihren jetzigen Büros bleiben müssen. In der heutigen Stadtratssitzung soll die Standort-suche erneut von vorn beginnen. Die SZ erläutert die Standpunkte.

Welchen Standort hat die Stadt vorgeschlagen?

Es gibt bereits mehrere Standortuntersuchungen. Nachdem der Stadtrat den Wiener Platz und den Ferdinandplatz abgelehnt hatte, sollte Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) die Bedingungen für das einstige Robotron-Areal in der St. Petersburger Straße 15 und das World Trade Center prüfen lassen. Er hat damit ein unabhängiges Büro, die Arcadis Deutschland GmbH,

beauftragt. Nach Abwägung aller Argumente schlägt die Verwaltung den Standort St. Petersburger Straße vor. Dafür sprechen kurze Wege, günstige Miete und ein Impuls für die Entwicklung der Lingnerstadt. Die TLG Immobilien GmbH will das Verwaltungszentrum errichten. Nach SZ-Information stimmen dem derzeit nur noch FDP, Linke und Bürgerfraktion zu. Nach Recherchen von Stadträten sollen auch Rathausressorts, darunter das Rechtsamt und Rechnungsprüfungsamt, den Vorschlag ablehnen.

Warum werden nun erneut andere Standorte geprüft?

Aus Sicht der Stadtentwicklung habe ein Bauprojekt am Wiener Platz oberste Priorität, sagt CDU-Stadtrat Hans-Joachim Brauns. „Das Verwaltungszentrum mit der Stadt als sicherem Dauermieter könnte eine Art Zugabe an Investoren sein, um den Wiener Platz zu bebauen“, sagt Brauns. Für ihn ist das Verwaltungszentrum ein wichtiges Pfand, den er nicht aus der Hand geben möchte, bevor ein anderes Bauprojekt an

dieser Stelle vertraglich gesichert ist. Das Unternehmen Dr. Lübke Immobilien sucht bis Ende Januar Interessenten für die Fläche. Erste Bewerber haben sich in der Stadt vorgestellt.

Wenn schon eine neue Diskussion, dann richtig, finden auch Stadträte anderer Fraktionen. So hat der Finanzausschuss Ende November mit sieben zu vier Stimmen beschlossen, Investoren für ein Verwaltungszentrum sowohl am Wiener Platz als auch am Ferdinandplatz zu suchen. Interessensbekundungsverfahren heißt das Ganze auf Amtsdeutsch. Es ist wahrscheinlich, dass der Stadtrat dem heute mehrheitlich zustimmt.

Warum schlägt die SPD vor, selbst zu bauen?

Auf Dauer seien alle Mietvorschläge zu teuer, findet die SPD-Fraktion. „Wir schlagen deshalb vor, zu prüfen, ob ein deutlich größerer Neubau, in den auch Tochterunternehmen einziehen, viel günstiger ist“, sagt SPD-Stadtrat Thomas Blümel. Allerdings schließt die SPD aus-

drücklich die Fläche am Wiener Platz aus. Sie sei zu klein dafür.

Wozu wird überhaupt ein Verwaltungszentrum benötigt?

Traditionell sind die knapp 7000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung an mehreren Standorten untergebracht. Abgesehen vom Rathaus am Dr.-Külz-Ring handelt es sich in den meisten Fällen um Mietobjekte. Um die Arbeit effizienter zu gestalten, gibt es schon lange Pläne, ein Verwaltungszentrum möglichst in der Nähe zum Rathaus zu bauen. Für die Grünen ist das zu kurz gedacht. „Wir benötigen zunächst eine grundsätzliche Konzeption zur Neuordnung der Verwaltungsstandorte“, sagt Grünen-Stadträtin Margit Haase. Es sollte genau geklärt werden, welche Ämter in das Verwaltungszentrum einziehen sollten und welchen Platz sie benötigen. Dieser Vorschlag hat im Finanzausschuss bereits eine Mehrheit gefunden. Stimmt nun heute der Stadtrat zu, soll die Verwaltung bis Ende Januar ein entsprechendes Konzept vorlegen. ► **Kommentar**

Geplatzter Traum vom Rathaus

Alles von vorn: Die erneuten Diskussionen um das Verwaltungszentrum sind typisch für die Stadt. Erst werden zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Standorte untersucht, an denen das neue Verwaltungszentrum entstehen könnte. Dann sind Gutachter am Werk. Auf der Basis ihrer Empfehlung hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat konkrete Vorschläge unterbreitet. Das hat zwar alles lange gedauert, aber offensichtlich wurden nicht einmal die betroffenen Ämter in die Entscheidung einbezogen. Der Finanzbürgermeister als heimlicher König im Rathaus.

Doch auch er hat die Rechnung ohne die Stadträte gemacht. Die finden gleich mehrere Unklarheiten in seinem Vorschlagstext. Hinzu kommen Stadträte, die sich gern als Stadtplaner in Dresden sehen und eine Vorliebe oder Abneigung für das eine oder andere Areal haben. Damit kommen längst einmal abgelehnte Standorte erneut auf die Tagesordnung.

Kosten sparen, auch das klingt gut. Die Stadt selbst muss zunächst Schulen und Kitas bauen. Zudem plant sie mit dem Kulturpalast und dem Kraftwerk Mitte Großprojekte. Nun soll ein Tochterunternehmen als Bauherr ein-springen. Die Schulden werden damit aber nur verschoben.

Und weil aus dem geplanten Einzug im Januar 2014 definitiv nichts mehr wird, muss die Stadt auch noch tiefer in die Taschen greifen und für die Räume im World Trade Center eine deutlich höhere Miete zahlen.

Abschied von Eberhard Rink

Zur Beisetzung des Unternehmers kamen gestern mehr als 250 Trauergäste auf den Briesnitzer Friedhof.

Das gibt es sonst nur zu Weihnachten: Die kleine Briesnitzer Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt. Rund 250 Menschen sind gekommen, um von Eberhard Rink Abschied zu nehmen. Neben dem Ersten Bürgermeister Dirk Hilbert hatten sich noch drei weitere Bürgermeister, zahlreiche Unternehmer und Politiker in den Trauerzug eingereiht. Auch ein großer Freundeskreis begleitete den mit weißen Rosen geschmückten Sarg auf dem letzten Weg. Musiker der Dresdner Philharmonie spielten ein letztes Mal für ihn.

Sie alle waren fassungslos und sprachlos, wie es Trauerrednerin Jeanette Hauspach formulierte. Eindringlich erinnerte sie an die Unternehmerpersönlichkeit, wie sie selten zu finden ist. Eberhard Rink war zugleich Förderer von Sport und Kultur. Seit 2004 saß er als Parteiloser für die FDP im Stadtrat. Und sie sprach mit warmherzigen Worten von dem Menschen und seinen Ängsten. Eberhard Rink hatte sich am 2. Dezember das Leben genommen. „Und wir sollten nicht über seine Entscheidung richten oder gar urteilen, denn wir wissen nicht, wie wir handeln würden“, bat die Rednerin. (SZ/kle)

Neue Vorwürfe gegen WM-Planer Jörn Verleger

Heute entscheidet der Stadtrat über einen Antrag der SPD-Fraktion, das Veranstaltungsbüro von WM-Organisator Jörn Verleger noch einmal tiefergehend zu überprüfen. SPD-Stadtrat Thomas Blümel fühlt sich nach einer Akteneinsicht im Veranstaltungsbüro in diesem Antrag bestätigt: „Es gibt Hinweise darauf, dass es beim Einbau zusätzlicher Elemente in das Stadion zu erheblichen Problemen gekommen ist.“ Als zusätzliche Einbauten versteht er die von der Fifa für die Frauen-Fußball-WM geforderte Medientribüne und die Ticketscanner.

Des Weiteren führt Blümel Antworten auf eine Anfrage zu den Dienstreisen Verlegers seit 2009 an. „Diese Auflistung stimmt einfach nicht. Es hat sich in mehreren Fällen um andere Zeiträume gehandelt, und es sind zum Teil höhere Kosten entstanden.“ Jörn Verleger, der das Veranstaltungsbüro zur Frauen-Fußball-WM und auch zum Evangelischen Kirchentag geleitet hat, war nach der WM in die Kritik geraten. Damals hatte sich herausgestellt, dass er zum Viertelfinale USA gegen Brasilien eine Ehrengastkarte für 238 Euro an einen Fan verkauft hatte. Mehrere Stadträte hatten ihm daraufhin weitere Unregelmäßigkeiten vorgeworfen. (jr)

